

Beispiellösung:
Analyse einer Pressemitteilung zum Jahresgutachten des SVR

Aufgabe:

Analysieren Sie die Pressemitteilung des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Jahresgutachten 2008 des Sachverständigenrates. Berücksichtigen Sie dabei sowohl ihre Kenntnis wirtschaftspolitischer Denkrichtungen, wie auch Ihre Kenntnisse zu dem Gutachten des SVR selbst.

Material:

12.11.2008: PM 202 Matecki: Wirtschaftsweise sind lernfähig

Erfreut reagierte DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki am Mittwoch in Berlin auf die späte Einsicht des Sachverständigenrates, dass staatliche Investitionen notwendig sind und aktiv eingefordert werden müssen.

- 5 „Dass der Sachverständigenrat in seinem neuen Jahresgutachten seine orthodoxe Haltung hinsichtlich staatlicher Ausgabenprogramme endlich entdogmatisiert hat und die Bundesregierung dazu aufruft, dringend nötige Infrastrukturmaßnahmen und Bildungsinvestitionen auch über Kredite zu finanzieren, ist ein neues und interessantes wirtschaftspolitisches Diskussionsangebot“, sagte Matecki. Allerdings bleibe der vorgeschlagene
- 10 Umfang des Konjunkturpakets von 0,5 – 1,0 Prozent vom BIP hinter den Notwendigkeiten und der Praxis anderer europäischer Ländern zurück.

- 15 Auch in anderen Punkten hätte sich Matecki mehr Konsistenz gewünscht. Das Fazit des Sachverständigenrates hinsichtlich der wachsenden Zahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse in Deutschland spreche die alte dogmatische Sprache, betonte Matecki. Statt weiterer Deregulierung am Arbeitsmarkt das Wort zu reden, sollte mehr reguläre, sichere und gute Arbeit geschaffen werden, damit die Arbeitnehmer/innen bessere Berufs- und Lebensperspektiven bekommen. Dazu zählen auch anständige Löhne und Existenz sichernde Mindestlöhne, sagte Matecki.

- 20 Zudem sei es ein Fehler, dass der Sachverständigenrat in die CSU-Falle tappe und lieber keine als diese „verschlimmbesserte“ Erbschaftsteuer empfehle. „Der DGB fordert stattdessen die klügeren Teile der Koalition auf, sich für eine Reform der Erbschaftsteuer einzusetzen, die nicht nur vor dem Bundesverfassungsgericht, sondern auch unter Gerechtigkeitsaspekten Bestand hat.“

Quelle: http://www.dgb.de/presse/pressemeldungen/pmdb/pressemeldung_single?pmid=3323

Mögliche Lösung:

In einer Pressemitteilung vom 12.11.2008, veröffentlicht auf der Homepage des Deutschen Gewerkschaftsbundes, wird eine Stellungnahme des DGB-Vorstandsmitglieds Claus Matecki zum Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (im Folgenden als SVR abgekürzt) zusammenfassend wiedergegeben. Auf Grund des Ortes der Veröffentlichung und der zustimmenden Wiedergabe der Aussagen des Vorstandsmitglieds kann davon ausgegangen werden, dass es sich dabei um eine erste offizielle Äußerung des DGB zum am

Erläuterungen

- Nennung von Thema und Quelle, Erläuterung der Textart und des Anlasses

- evtl. Überlegungen zur Bedeutung von Textart, Veröffentlichungsort, Adressaten

gleichen Tag vorgestellten Gutachten des Sachverständigenrates handelt.

In der insgesamt recht knappen Meldung wird zum Einen positiv hervorgehoben, dass der Sachverständigenrat die Bundesregierung aufrufe, „dringend notwendige Infrastrukturmaßnahmen und Bildungsinvestitionen auch über Kredite zu finanzieren“ (Z.7f.). Dies wird als Veränderung der Position des SVR gedeutet. (vgl.Z.2f. und Z.8f.)

Andererseits wird der Umfang des vorgeschlagenen Konjunkturpaketes als zu gering bemängelt (vgl.Z.9) und kritisiert, dass der SVR weiterhin eine Deregulierung des Arbeitsmarktes fordere (vgl. Z.14f.) sowie die Erbschaftssteuer in der beschlossenen Form ablehne (vgl. Z.20ff.).

Beide Positionen lassen deutlich erkennen, dass die wirtschaftspolitische Haltung des DGB der postkeynesianischen Denkweise zuzuordnen ist. Generell vertritt diese Richtung wirtschaftspolitischen Denkens die Auffassung, dass in konjunkturell schwächeren Phasen (Abschwung, Rezession) der Staat eine nachfragewirksame Ablaufpolitik betreiben müsse. Daher darf der Staat nach dieser Herangehensweise auch zum Zwecke der Erhöhung eigener Ausgaben oder der Förderung der Konsumnachfrage höhere staatliche Schulden in Kauf nehmen („deficit spending“). Dem entspricht die Haltung des DGB-Vertreters, wonach die Aufforderung des SVR zu schuldenfinanzierten Maßnahmen zu begrüßen sei (s.o. vgl.Z.5ff.) ebenso, wie die Kritik, dass in der gegenwärtigen Abschwungssituation der Umfang der staatlichen Maßnahmen höher sein solle, als vom SVR vorgeschlagen (s.o., vgl. Z.9f.).

Einer der Grundgedanken neoliberaler Wirtschaftspolitik ist die Forderung nach Deregulierung, d.h. nach einer Reduzierung staatlicher Vorschriften. Dies wurde und wird vor allem in Bezug auf den Arbeitsmarkt immer wieder diskutiert. Dabei ist der grundlegende Gedanke, dass z.B. weniger starre Kündigungsschutzregelungen (wie sie z.B. im aktuellen Jahresgutachten angeregt werden) die Bereitschaft der Unternehmer zur Einstellung neuer Arbeitskräfte fördern würden und so die Sockelarbeitslosigkeit weiter abgebaut werden könne. Dass solche angebotsorientierten Maßnahmen in der DGB-Stellungnahme ausdrücklich abgelehnt werden (vgl. Z.15ff.), ist ein weiteres Indiz für die postkeynesianische Position des DGB-Vertreters. Gleiches gilt für die sich daran anschließende Forderung des DGB nach „anständige(n) Löhne(n)

- Kenntnisse einbringen
(Datum des Gutachtens)

- Zusammenfassung von Kernaussagen: Orientierung des Lesers: Um welche wesentlichen Dinge geht es? (Verweise auf Text)

(Dabei gedankliche Struktur des Textes herausarbeiten, hier: erst Zustimmung zu Forderung nach Paket, dann Kritik an Höhe, dann weitergehende Kritik an anderen Positionen)

Achtung: Textwiedergabe bitte im Konjunktiv I

- Erster Analyseaspekt: Zuordnung.

- Erläuterung von hier relevanten Kenntnissen zu der Theorie (d.h. das erklären, was für das Textverständnis wichtig ist – hier also die Begründung und die passenden Fachbegriffe zu Konjunkturprogrammen)

- Wichtige Fachbegriffe nicht vergessen!

- Rückbindung an den Text: Wo findet sich der Grundgedanke genau wieder (Textbelege)?

- Erläuterung einer Gegenposition, die im Text kritisiert wird. (Wie oben: Das erklären, was für das Verständnis des Textes – d.h. hier des Begriffs Deregulierung – wichtig ist.)

- Besonders schön natürlich, wenn man das dann schon mit den Kenntnissen der Inhalte des SVR-Gutachtens [2. Analyseaspekt] verbinden kann, s. die Klammer.

- Und wieder: Rückbindung an den Text nicht vergessen!

und existenzsichernde(n) Mindestlöhne(n)“ (Z.17), die ja Löhne offenbar vor allem unter dem Kaufkraftaspekt und unter Gerechtigkeitsaspekten sehen, d.h. also nachfrageorientiert sind.

In der Pressemitteilung wird die generelle Haltung des SVR vielfach als sehr unflexibles Festhalten an neoliberalen Positionen – in z.T. auch ironischem Ton – kritisiert. Dies wird bereits deutlich, wenn zu Beginn die Befürwortung kreditfinanzierter Programme als „späte Einsicht“ (Z.1f.) bezeichnet wird. Es zeigt sich des Weiteren an Formulierungen wie der, dass der SVR „seine orthodoxe Haltung ... endlich entdogmatisiert“ (Z.5f.) habe oder wenn Matecki mit der Aussage zitiert wird, die Haltung des SVR zur Arbeitsmarktpolitik spreche „die alte dogmatische Sprache“ (Z.14).

Dabei ist nachvollziehbar, dass der DGB auf Grund seiner Rolle als Arbeitnehmerorganisation angebotsorientierte Positionen grundsätzlich kritisiert und es begrüßt, wenn der SVR ein schuldenfinanziertes Eingreifen befürwortet. Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass der SVR derartige Maßnahmen ausdrücklich auf die derzeit auf Grund der Finanzmarktkrise außerordentlich schwierige Lage begrenzt wissen will und dass er seine Maßnahmen ausdrücklich nicht als Konjunkturprogramm im herkömmlichen Sinne (d.h. also im Sinne keynesianischer Ablaufpolitik) verstanden wissen will. Insofern ist der in der Pressemitteilung teilweise hervorgerufene Eindruck, der SVR habe seine Position grundlegend geändert („späte Einsicht“, Z.1f., „Haltung ... entdogmatisiert“, Z. 5f.) nicht vollständig angemessen. Eine genauere Analyse des SVR-Gutachtens zeigt vielmehr, dass sich die eher nachfrageorientierten Vorschläge im Wesentlichen auf die Aussagen zu einem kurzfristig notwendigen Programm zur Milderung der Folgen der derzeitigen Finanzmarktkrise beschränken. Der überwiegende Teil der Empfehlungen ist jedoch von der Betonung der Bedeutung von Investitionsentscheidungen, von Forderungen nach einem Abbau verzerrender staatlicher Eingriffe und Forderungen nach mehr Wettbewerb und mehr privater Vorsorge im Bereich der sozialen Sicherung geprägt – welches alle typisch angebotsorientierte, auf Ordnungspolitik gerichtete Überlegungen sind.

Eine dieser Empfehlungen greift die Pressemitteilung ja dann auch ausdrücklich auf: Es ist verständlich, dass sich der DGB gegen Deregulierung, also z.B. eine Lockerung des Kündigungsschutzes ausspricht. Wenn Matecki aber dann fordert, statt dessen „sollte mehr reguläre,

- Überleitung zum 2. Analyseaspekt: Geht der Text mit dem SVR angemessen um?

- Hier geeignet: Stil/ Ironie in Verbindung mit der Grundhaltung des DGB zum SVR herausstellen.

- Jetzt wird es besonders spannend: Es geht nicht um die Frage, wer Recht hat – sondern um die Analyse, ob die DGB-Kritik dem SVR-Gutachten gerecht wird – oder ob etwas verfälscht, weggelassen, ... wird.

- Verstanden? Hier verfälscht der DGB etwas bzw. versucht einen unangemessenen Eindruck zu erwecken.

- Hier könnt ihr dann unsere Erkenntnisse aus der Freitagsstunde wunderbar gebrauchen!

- Und noch einmal: Grundwissen und –begriffe zum ersten Analyseaspekt (Denkweisen) einbringen

- Und wieder: Ausgangspunkt ist der Text

sichere und gute Arbeit geschaffen werden" (Z.15f.), so ist dies kein schlüssiges Gegenargument gegen die Position des SVR, da dieser sich ja nicht gegen mehr sichere Dauerarbeitsplätze ausspricht. Es findet sich jedoch in der DGB-Meldung keine schlüssige Argumentation zu der Frage, wie bzw. unter welchen Bedingungen solche Arbeitsplätze entstehen können.

Mit einer ganzen Reihe weiterer und im Zusammenhang der Überlegungen des SVR wichtiger Überlegungen setzt sich die DGB-Mitteilung nicht auseinander. Dadurch bleiben natürlich auch eine Reihe grundlegender Problemstellungen heutiger Wirtschaftspolitik ausgeklammert. So bleibt bei der Befürwortung weiterer schuldenfinanzierter Programme (die in ihrem Umfang über die SVR-Empfehlungen hinaus gehen sollen, die ihrerseits ja bereits eine Verdoppelung des von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmenprogramms darstellen) unbeantwortet, ob eine weitere Verschuldung bzw. eine Verzögerung der Sanierung der Haushalte vertretbar ist. Ebenso äußert sich der DGB nicht zu dem gesamten Problem der Reform der Sozialversicherungen, der in den Empfehlungen des SVR einen breiten Raum einnimmt.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Pressemitteilung des DGB zum Jahresgutachten des SVR entsprechend der bei einer Arbeitnehmerorganisation zu erwartenden nachfrageorientierten Ausrichtung einerseits durchaus verständliche Positionen vertritt. Dabei wird aber offenbar die für den SVR sicher ungewöhnliche Befürwortung schuldenfinanzierter Programme überbetont oder aus taktischen Erwägungen sehr in den Vordergrund gerückt. In der tatsächlichen argumentativen Auseinandersetzung bleibt die Meldung eher oberflächlich und wirkt ihrerseits oft etwas „dogmatisch“ oder zumindest nicht schlüssig begründet in ihrer nachfrageorientierten Ausrichtung.

- Hier könnt ihr ein „unlogisches Argument“ bzw. einen „propagandistischen Trick“ aufdecken...

- ... und daran eine Schwäche der Argumentationsweise zeigen.

- Und hier könnt ihr – gestützt auf eure Kenntnis des Gutachtens – zeigen, was in der Pressemeldung fehlt (weshalb sie dem Gutachten ja auch nicht vollständig gerecht wird).

- Dabei könnt ihr dann auch inhaltliche Schwächen benennen (wie z.B. hier die Ausklammerung der Frage nach den Schulden).

- Und jede gute Analyse schließt mit einer „zusammenfassenden Würdigung“ des zu analysierenden Textes.

Bei dieser „Würdigung“ geht es nicht um eure persönliche Zustimmung oder Kritik – sondern um eine eher „nüchterne Bewertung/ Abschätzung“ der Vorzüge und Nachteile des Textes in seinem Kontext.*

* Zum besseren Verständnis dieser Aussage: Meine persönliche Meinung zu dem, was wirtschafts- und sozialpolitisch derzeit nötig wäre, liegt viel näher an der des DGB. Bei der Analyse ging es jedoch darum, zu überprüfen, ob die Pressemeldung „gut gemacht“ war, dem SVR gerecht wird und schlüssig argumentiert. Und da komme ich eben zu einem eher negativen Urteil: Der DGB wirft dem SVR Engstirnigkeit vor, aber argumentiert selbst wenig schlüssig und formuliert ein paar gewerkschaftliche bzw. nachfrageorientierte Glaubenssätze – und geht rhetorisch recht „billig“ und inhaltlich ziemlich oberflächlich mit dem Jahresgutachten um (was ich dann in der „nüchternen Analyse“ noch ein wenig diplomatischer formuliere).